

S I D

Society for International Development



Chapter Bonn

Nachlese zum 38. Entwicklungspolitischen Fachgespräch 28.06.2005

„Kommunale EZ – neue Säule der EZ?“

Diskussion mit Herrn Ulrich Nitschke (InWEnt)

Diskussionsleitung: Frau Dr. Drünert

Frau Drünert weist einleitend darauf hin, dass das Thema „Kommunale EZ“ im Kontext der Themen Dezentralisierung, Kommunale Selbstverwaltung, Good Governance und auch des Sektorpapiers des BMZ von 1995 zu sehen sei.

Herr Nitschke, seit vier Jahren Leiter der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ und seit zehn Jahren bereits mit dem Thema kommunale Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt, erläuterte zunächst, dass die vorab verschickten zehn Thesen zur Kommunalen EZ von allen wichtigen EZ-Organisationen mitgetragen würden.

Er referierte einige Rahmendaten über den weltweiten Verstädterungsprozess:

Während heute etwa die Hälfte aller Menschen in Städten lebten, sei davon auszugehen, dass im Jahr 2015 600 Millionen Menschen allein in 60 Megastädten leben würden; 2/3 davon in Entwicklungsländern.

Die heutigen Städte belegten nur 2% der Gesamtfläche der Erde, verbrauchten aber 80% der Ressourcen.

Wenn diese Phänomene gerade für den Kreis der Anwesenden auch nichts Neues seien, stelle diese Situation die Kommunen als Partner für die EZ doch vor eine neue Situation, was auch daran liege, dass die großen Organisationen das Gesamtthema Stadt eher spät erkannt hätten. Er verwies auf das Heft der Reihe Aus Politik und Zeitgeschehen B15±16/2004 vom 5.4.2004 mit einem Artikel zum Thema „Chancen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit“.

Herr Nitschke erläuterte, die Servicestelle habe Kommunen befragt, welche Themen sie beschäftigten. Aus den Antworten hätten sich folgende Schwerpunktthemen ergeben:

1. Finanzen, gerade aufgrund der Tatsache, dass 2/3 aller Kommunen überschuldet sind.
2. (Kommunen- oder Städte-)Partnerschaften, in denen Lösungsmodelle ausgetauscht werden können.
3. Interkulturelle Kompetenzbildung, besonders im Hinblick auf die ständig steigende Zahl der Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund.
4. Faires Beschaffungswesen, in dem man an (größere) Strukturen anknüpft, beispielsweise bei fair gehandeltem Kaffee.

Herr Nitschke warf dann am Beispiel der Tsunami die Frage auf, wie man aus der Welle der Solidarität eine Welle der Fortentwicklung machen könne. Die Servicestelle müsse hier nach dem

Prinzip der Subsidiarität vorgehen, und dort Service anbieten, wo es bislang keinen gebe. Ein dringendes Erfolgskriterium für die kommunale EZ sei, dass die ownership für die Zusammenarbeit bei denen läge, die die Arbeit täten.

Frau Drünert eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, dass zur Debatte um die Verstädterung auch die MDGs gehören würden. Außerdem stelle sich die Frage der Dezentralisierung in einem neuen Lichte, da die Notwendigkeit bestände, die Arbeit im Ausland dezentral zu gestalten und daraus ein Rückfluss nach Deutschland resultiere.

Ein Teilnehmer verwies zunächst darauf, dass das Thema der Veranstaltung nicht die Reaktion auf die allgemein bekannte Tatsache der Verstädterung sei, sondern die Frage, **wie** deutsche Kommunen auf die Herausforderungen der EZ reagierten. Die „Megacityisierung“ sei in diesem Zusammenhang also nicht weiterführend. Entscheidend sei die Frage, wie man Gemeinden zu einer langfristigen Unterstützung von Entwicklungsländern bringe, gerade im Hinblick auf strukturelle Hemmnisse, wie z.B. Regierungswechsel.

In einem weiteren Beitrag wurde angemerkt, dass in Deutschland Demokratie für die Bürger schlecht zu erfahren sei. Aus diesem Defizit heraus ergäben sich Chancen für die Kommunalpolitik. Im Hinblick auf den Rückfluss nach Deutschland oder auch die Kohärenz zwischen Innen und Außen könnten deutsche Kommunen also aus dem Prozess lernen.

Es wurde dann die Frage aufgeworfen, **warum** sich eigentlich nun auch noch die Kommunen in der EZ beteiligen sollten. Es sei allen bekannt, wie kompliziert die EZ schon für Experten sei. Weshalb müsse man dann auch die Kommunen beteiligen, denen es an Sprachkenntnissen, interkultureller Kompetenz und Erfahrung fehle? Wie könnten sich Kommunen diese Fähigkeiten aneignen?

Herr Nitschke entgegnete, bis vor 20 Jahren sei es ja für Kommunen verboten gewesen, sich außenpolitisch zu engagieren. Die Kommunen seien aber die ersten Anlaufstellen für Lösungsstrategien und Lösungen, da sie soziale, ökonomische und ökologische Fragen zusammennehmen könnten. Die Strukturen und Phänomene funktionierten überall ähnlich. Insgesamt sei das Thema nicht vom Verstädterungsprozess zu trennen, weil sich dadurch viele Probleme verschärften.

Er erläuterte, dass die InWEnt Servicestelle ein Konzept für Partnerschaften habe. Aus den Partnerschaften entstehe eine win-win-Situation für die Akteure. Durch das Erlernen von Sprachen und dem Training interkultureller Kompetenz würden die deutschen Akteure für den internationalen Markt fit gemacht.

Eine Teilnehmerin bestätigte, dass die Kommunen über den nötigen Praxisbezug verfügten. Die Kommunen seien ein wichtiger Partner, auch wenn die Qualität der Kooperation noch verbessert werden könnte, damit der Transfer nicht rein finanzieller Art sei.

Ein anderer schloss sich dieser Position an und unterstrich, dass kommunaler Sachverstand extrem wichtig sei. Er berichtete von großen Erfolgen kommunaler Arbeiter bei Aufenthalten in La Paz. Man könne belegen, dass die Arbeit nachhaltig und sinnvoll sei und ein langfristiges Bewusstsein in der Bevölkerung für den Eine-Welt-Gedanken schaffe. Allerdings müssten die Projekte sorgfältig begleitet werden.

Eine Teilnehmerin berichtete von ihren Erfahrungen in der kommunalen EZ bei einer Reise als stellvertretende Bochumer Bürgermeisterin nach Benin und Nigeria. Sie hob die Kooperation auf Augenhöhe und die Möglichkeit des gegenseitigen voneinander Lernen positiv hervor. Allerdings sei auch eine stärkere Begleitung durch EZ-Organisationen sinnvoll.

Es wurde auch das Beispiel vom partizipativen Haushalt in Porto Alegre, Brasilien, angeführt. In Bonn habe es daraufhin den Vorschlag gegeben, den Haushalt in einem Ausschuss mit den Bürgern zu diskutieren. Dieser Vorschlag sei allerdings auf wenig Interesse gestoßen. In Brasilien

hätten die Bürger auch die Möglichkeit, Schwerpunkte im Haushaltsplan zu setzen. Dies sei für die hiesige Kommunalpolitik schwer vorstellbar, da sowieso zu wenig Geld zur Verfügung stehe. Bisher gebe es noch keine gute Idee, wie man das brasilianische Modell auch für Deutschland attraktiver machen könnte. Das sei bezeichnend, meinte ein anderer Teilnehmer, da die direkte Demokratie in Deutschland doch verboten sei und damit die Bürger entmündigt seien. Das Beispiel Brasilien zeige einen Weg auf, wie die Bürger wieder mündig gemacht werden könnten.

Dagegen wurde eingewandt, dass die Argumente zwar nicht von der Hand zu weisen seien, allerdings müsse die Frage gestellt werden, für welche Probleme der Entwicklungsländer deutsche Kommunen tatsächlich nachhaltige Lösungen hätten. Die Probleme vieler Länder, die die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung verhinderten, seien doch weitgehend auf die Strukturen des jeweiligen Landes und seiner Staatsklasse zurückzuführen, und da bleibe sehr fraglich, welche Rolle und welchen Einfluss die kommunale EZ hier haben könne.

Es wurden auch die Thesen der Servicestelle Kommunen in der EINEN WELT kritisiert. Es gebe darin keine Begrenzung für die Fähigkeiten der Kommunen und keinerlei Selbstkritik. Eine Kommune könne nicht die Welt retten. Häufig verlaufe die Kooperation auf Kosten der Partnerländer, da zwar Deutsche in die Partnerkommunen reisten, dies aber wenig Wirkung habe, da sie sich mit dem Gefühl, über den Tellerrand geschaut zu haben, begnügten. Außerdem werde in der Analyse der Projekte der Partner grundsätzlich nicht problematisiert, wodurch eine Schieflage entstehe.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, aus welcher Legitimation heraus die EZ EZ mache. Sie wurde damit beantwortet, dass es doch zahlreiche Beispiele von erfolgreicher EZ gebe. Man müsse Best-Practice aus unseren Ländern für ELs testen, modifizieren und transferieren.

Herr Nitschke sprach sich für die Qualifizierung der Kommunen aus. Er wandte ein, dass die zehn Thesen zur kommunalen EZ ein Lobby-Papier und gleichzeitig eine Vision seien. Trotzdem seien die Rückmeldung der kommunalen EZ an die Servicestelle gut, wenn auch nicht problemlos. Im europäischen Vergleich sei Deutschland ein Nachzügler auf dem Gebiet der kommunalen EZ. Allerdings werde dieser Ansatz nicht die deutsche EZ revolutionieren. Er unterstrich erneut die Fähigkeit der Kommunen, Lösungsansätze für drängende Probleme zu finden. Die Kommunen seien tagtäglich mit diesen Problemen betraut und besäßen damit einen Erfahrungsvorsprung. Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungsmaßnahmen würden von der Servicestelle geboten.

Als positiv wurde gesehen, dass, da EZ ja das Problem habe, von der Bevölkerung, und damit auch von ihren politischen Repräsentanten, nur mangelhaft unterstützt zu werden, die kommunale Entwicklungspolitik sehr wichtig sei, um das politische Interesse und damit die politische Reaktion zu erhöhen.

Genau dies war der Anlass zu dem Hinweis, dass ein entwicklungspolitischer Beitrag der Kommunen innerdeutsch sicherlich durchaus positive Aspekte habe, dies aber doch nicht genüge, um unter dem Segel „Entwicklungspolitik“ zu fahren. Es sei doch überhaupt nicht erkennbar und eigentlich auch kaum denkbar, dass Kommunen wirklich einen Beitrag zu Entwicklung, heute hauptsächlich definiert in den MDG's, leisten könnten. Die „Säule“ sei als Bild überzogen für die kommunale EZ.

Frau Drünert schloss die Diskussion, die kommunale EZ sei möglicherweise keine Säule, am Ende gar das „Fundament“ im Sinne der Wortmeldung zu Beginn, wo kommunale EZ als Beitrag zur Demokratisierung der Kommunen, auch in Deutschland, gewertet wurde.